

Denkpapier: Solidarische Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen

Zu diesem Papier

In seiner [16. Veranstaltungsreihe](#) diskutierte der AKS Dresden mit Praktiker*innen, Hochschulvertreter*innen und Interessierten die Themen Flucht, Migration und Asyl sowie Spannungsfelder Sozialer Arbeit. Im Nachgang entstand das vorliegende **Denkpapier**. Es dokumentiert begonnene Diskussionen und führt sie zum Teil weiter. Es greift auch Überlegungen aus dem Papier [„Plädoyer für eine solidarische Soziale Arbeit“](#) des AKS Dresden auf. Der erste Entwurf wurde an verschiedene Kolleg*innen aus Wissenschaft und Praxis mit der Bitte um Rückmeldung gesandt. Viele der Anmerkungen sind in die weitere Bearbeitung eingeflossen. Wir danken an dieser Stelle allen Mitdenkenden für ihre kritischen Impulse und Infragestellungen.

Anliegen des Denkpapiers ist es nicht, endgültige Antworten zu finden oder vermeintliche ‚Wahrheiten‘ zu (re)produzieren. Erstens, weil wir Lernende im globalen Kontext sind und uns als solche immer wieder neu kritisch befragen müssen. Zweitens, weil es nicht gelingen wird, die Komplexität des Themas zu fassen. Insofern enthält dieses Papier kritische Selbstreflexion und bleibende Fragen, in dem Versuch, die Themen Flucht und Asyl nicht isoliert, sondern im (welt)gesellschaftlichen Kontext zu betrachten und Positionen für eine kritische, solidarische Praxis zu finden.

Das Denkpapier ist getragen von einem bestimmten **Verständnis Kritischer Sozialer Arbeit**:

Soziale Arbeit verstehen wir als Teil praktischer Sozialpolitik, in der sich historische Konstellationen konkretisieren. (Sozial-)Politik ist durchzogen von widersprüchlichen Macht- und Interessenkonflikten. Die Frage, wer unter welchen Bedingungen ‚dazugehören‘ darf – und das nicht nur im Kontext Flucht – wird z.B. über vielfältige Strategien der Ein- und Ausschließung (Kessler et al. 2015), sowie Problemzuschreibung (Kunstreich 2012) beantwortet. Die Anteile unserer Profession an diesen – teilweise subtilen – Mechanismen zu erkennen, bleibt wesentlich. Wo grenzt Soziale Arbeit aus? Und das manchmal auch unter Vorzeichen der Integration? Wo sanktioniert und kontrolliert sie selbst entschiedene Lebensentwürfe? Wo übernimmt sie undifferenzierte Problemzuschreibungen und macht sie zum Ausgangspunkt für ihre Angebote? Wo kulturalisiert sie? Wo ist Soziale Arbeit selbst von Rassismus durchzogen? Kritische Soziale Arbeit heißt (selbstreflexive) Macht- und Herrschaftskritik zu üben: In globalen Kontexten, in lokalen Gemeinwesen, in konkreten Praxissituationen. D.h. auch, Herausforderungen von Adressat*innen nicht einzig als deren individuelles Scheitern oder persönliches Defizit zu deuten, sondern stets strukturelle Fragen und gesellschaftliche Verhältnisse einzubeziehen: Wo werden Menschen unterdrückt oder (strukturell) diskriminiert? Wo, von wem und zu welchem Zweck werden sie in der Gestaltung eines gelingenden Lebens behindert? Aus welchen Verhältnissen und Machtinteressen folgen welche konkreten Lebenssituationen? Wo wird die Eigensinnigkeit von Subjekten missachtet und mit welchen Absichten welchen Zwängen unterworfen? Unterdrückende, gewaltvolle Praxen (auch innerhalb Sozialer Arbeit), müssen reflektiert und öffentlich thematisiert werden. Erst über diese Kritik und Selbsterkenntnis, lassen sich Optionen für eine vom Menschen ausgehende, ermächtigende, statt anpassende und exkludierende Praxis entfalten.

Kritische Soziale Arbeit heißt auch, Begriffe und Theorien z.B. daraufhin zu befragen, ob sie zur Konstruktion ‚sozialer Probleme‘ und in der Folge zu pauschalisierender („die Flüchtlinge“) und zugleich individualisierender Praxis beitragen. Wir sprechen nicht von ‚Flüchtlingen‘ sondern von **geflüchteten Menschen**. Der Begriff ‚Flüchtling‘ ist in unserem Verständnis zunächst eine politische und rechtliche Konstruktion, die soziale Realität herstellt und Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Teilhabe strukturiert. Blicken wir z.B. auf die Genfer Flüchtlingskonvention, dann wird danach nur ein geringer Teil derer, die ihr Land verlassen auch als ‚Flüchtlinge‘ anerkannt. Davon ausgeschlossen sind grundsätzlich Menschen, die z.B. aus Gründen des Klimawandels oder Armut ihr Land verlassen. Auch Menschen die vor Konflikten fliehen, sind dem Wortlaut nach nicht explizit angesprochen. Mit der Anerkennung als ‚Flüchtling‘ im rechtlichen Sinn sind z.B. Aufenthaltserlaubnis und Erweiterung (nicht annähernd Gleichstellung!) sozialer Teilhaberechte verbunden. Weniger bis keine Rechte haben z.B.

Asylbewerber*innen, Menschen mit Duldung oder als ‚illegal‘ bezeichnete Menschen (wir sprechen von illegalisierten Menschen). Sprache ist Macht und Kategorisierung. Alle diese Begriffe sind Teil von Regierungshandeln und mitunter Teil eines komplexen Entrechtungs- und Ausgrenzungssystems. Wir wollen uns aber weder beteiligen an der Bewertung legitimer Gründe Nationalstaatsgrenzen zu überschreiten noch an stigmatisierenden Unterscheidungen von z.B. ‚echten Flüchtlingen‘ und jenen die angeblich ‚Asylmissbrauch‘ betreiben (in der bundesdeutschen Debatte in der Regel ‚die Wirtschaftsflüchtlinge‘). Weiterhin verschwinden hinter dem Label ‚die Flüchtlinge‘, handlungsfähige *Menschen* mit unterschiedlichen Biographien, Fluchterfahrungen, Wissen, Bewältigungsstrategien, Lebensweisen, kulturellen Identitäten, etc. Deshalb sprechen wir von **geflüchteten Menschen**. Wir sprechen weiterhin auch nicht von ‚der Flüchtlingskrise‘. Flucht ist ein komplexes, (welt)gesellschaftliches Thema, das uns – mit seinen aktuellen und historischen Hintergründen – alle angeht. Mit Begriffen wie ‚Flüchtlingskrise‘ oder gar ‚Flüchtlingswelle‘ wird daraus ein auf die betroffenen Menschen projiziertes ‚soziales Problem‘. Konstruiert wird mit solchen Metaphern auch eine vermeintliche ‚Gefahr‘, die wie eine Naturgewalt über uns kommt und vor der man sich schützen müsse. Die Menschen werden darüber dann als vermeintlich homogene ‚Problemträgergruppe‘ konstruiert. Gegen diese Dinge wollen wir Einspruch erheben mit der Bezeichnung **geflüchtete Menschen**.

Ausgangsreflexionen: Globale Machtkonstellationen, gesellschaftliche Verhältnisse und Soziale Arbeit

Ausgangssituation

Angesichts zahlreicher Ursachen, insbesondere aber konfliktreicher, weltpolitischer Situationen, welche dem Wohl des Einzelnen in erheblichem Maß entgegenstehen, verlassen Menschen ihre Heimat, waren und sind sie auf der Flucht.

Seit jeher wird versucht Migrationsbewegungen zu regulieren; u.a. durch eine repressive Politik und Gesetzgebung der Grenzsetzung und Entrechtung, die nicht nur an den europäischen Grenzen, sondern in allen lokalen Zusammenhängen wirken. Diejenigen, die dennoch nach Europa und in die BRD gelangen, finden sich meist in einer höchst widersprüchlichen Lebenssituation wieder: Langes Warten durch bürokratische Abläufe, Perspektivlosigkeit, zum Teil katastrophale Zustände bei der Unterbringung, strukturelle Ausgrenzung hinsichtlich z.B. Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnen, Arbeit. Zugänge zu gesellschaftlicher, geschweige denn politischer Teilhabe, sind vielfach verstellt. Während ein Asylpaket nach dem anderen beschlossen wird, beschäftigen sich dominante Teile des öffentlichen Diskurses u.a. mit der Frage, wer ein „richtiger Flüchtling“ ist, wer sich „lohnt“ und wer letztlich „nur kostet“ oder gar das System „missbraucht“. Zeitgleich kämpfen Initiativen für eine ‚Willkommenskultur‘ und gegen die sich zu rassistischer Hetze und realen Bedrohungs- und Gewaltsituationen gesteigerten „Sorge“ von Bürger*innen. Täglich neu wird Nicht-Zugehörigkeit konstruiert, wird verhandelt über „richtig“ und „falsch“, verschwinden persönliche Geschichten und Anliegen von Menschen hinter dem Label ‚die Flüchtlinge‘. Soziale Arbeit als staatlich institutionalisierte Hilfe ist Teil der politisch angespannten und höchst widersprüchlichen Gesamtsituation. Sozialarbeiter*innen selbst sind angesichts neuer Eskalationsstufen vielleicht mehr denn je gefordert sowohl als Bürger*innen, wie auch als professionelle Fachkräfte Positionen zu finden, auch oder gerade weil professionelle Standards in diesem Bereich immer wieder untergraben werden. Obgleich Fragen der Ein- und Ausschließung (räumlich, sozial, rechtlich, diskursiv) in aktuellen Debatten um Flucht und Migration massiv aufbrechen, spiegeln sich in ihnen gesamtgesellschaftliche Erosionen, deren Ursachen mitnichten nur in der aktuellen asylpolitischen Krise zu suchen sind.

Fluchtbewegungen im globalen Kontext

Kriege, Hunger, Elendsbedingungen, Armut, globale ungleich verteilte Privilegien und die Suche von Menschen nach Sicherheit und/oder Perspektiven sind Folge und Ausdruck vielschichtiger politischer Prozesse und historischer Artikulationen. Im Fokus dieses Papiers steht bewusst die lange Geschichte von Kolonialismus, imperialistischer Gewalt und bis heute ungebrochener Unterdrückung und Ausbeutung. So

privilegiert bspw. die von den westlichen Industrieländern (aktuell partiell auch Russland und China) aufgezwungene Wirtschaftsordnung den Export von Produkten aus den Industrieländern und zerstört gleichzeitig eine eher kleinräumliche naturnahe Wirtschaft in den abhängigen Ländern. Die aus ökonomischen Interessen niedrig gehaltenen Rohstoffpreise benachteiligen die Herstellerländer und schaffen zusätzlich Armut. Die aus Herrschaftsinteressen heraus geführten Kriege (auch als Stellvertreterkriege beeinflusst) insbesondere in Afghanistan, Syrien, Libyen, Irak und Kongo zerstören die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Gleichzeitig profitiert die Waffenindustrie.

Demgegenüber weigern sich weite Teile der Gesellschaft, einschließlich eines Großteils der politischen Parteien und der Medien, sich mit der eigenen Verantwortung für die Entstehung globaler Katastrophen und Machtasymmetrien, die Fluchtbewegungen verursachen, systematisch zu befassen.

Das gute Europa?

Begleitet wird der öffentliche Diskurs zu großen Teilen von einer Art ‚europäischer Überheblichkeit‘, die mehr als widersprüchlich ist: Während Europa als Hort von Menschlichkeit, Freiheit und Emanzipation inszeniert wird, wird weiterhin Abschottungspolitik – mit dramatischen Folgen für geflüchtete Menschen – betrieben. Ganze Gruppen werden stigmatisiert (Stichwort Asylpakete und ‚sichere Herkunftsländer‘), Abschiebungen in unwürdige Bedingungen ebenso wie prekäre Lebensverhältnisse in aufnehmenden Ländern in Kauf genommen, tägliche Menschenrechtsverletzungen toleriert. Das ‚Eigene‘ wird über das vermeintlich ‚Andere‘ aufgewertet und die Rede von ‚fremden Kulturen‘, die errungene ‚Werte und Tugenden‘ bedrohen, befeuert. Dabei wissen wir – das können wir auch von uns selbst ausgehend sagen – viel zu wenig über z.B. Philosophie, Kultur, Kunst, politische Initiativen etc. aus aktuellen Herkunftsländern. Das verstehen wir als Ausdruck einer globalen Asymmetrie von Deutungsmacht.

Manchen Diskursen zum Trotz, bleibt klar zu sagen: Religiöser Fundamentalismus, Sexismus, Homophobie, Geschlechterungerechtigkeit etc. wandert nicht mit geflüchteten Menschen nach Europa ein, sondern ist dort, teilweise seit Jahrhunderten existent.

Gesellschaftliche Erosionen

Neben diesen Asymmetrien zeigen sich auch Verschiebungen innerhalb von nationalstaatlich verfassten Gesellschaften. Innerhalb der BRD, wie auch in anderen europäischen Einwanderungsländern haben sich gesellschaftliche Bedingungen entwickelt, die sich in entsolidarisierten Gesellschaften zeigen.

Es ist eine zunehmende Privatisierung von Lebensrisiken festzustellen. Bildung, Gesundheit, ökonomische Lebensbedingungen und gesellschaftliche Teilhabe werden immer stärker von den sich weiter spreizenden Ungleichheiten bestimmt. Die Privatisierung des Bildungsbereiches und der Gesundheitsversorgung führt zu weiterer Segregation nach verfügbaren ökonomischen Ressourcen. Reichtumseliten sind steuerlich und bezogen auf die Ausübung von Macht, bezogen auf gesellschaftliches Leben und politische Entscheidungen privilegiert, während das Ausmaß und die Formen der Armut zunehmen und die davon Betroffenen in ihren gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten weitgehende Einschränkungen erfahren. Und spätestens mit dem SGB-II-Gesetz und den damit verbundenen Diskursen, ist die Diskriminierung von auf Sozialleistungen angewiesenen Personen alltäglich geworden.

Gesellschaftspolitisch ist es zur Abwendung der weiteren Spaltung notwendig – dies war auch schon vor der verschärften gesellschaftlichen Krise durch die größere Zuwanderung von Menschen so – dass die vorhandenen Ressourcen der Bundesrepublik gerechter genutzt werden. Aber weder die dominierenden Teile der Gesellschaft noch jene der gegenwärtigen Politik sind ausreichend Willens bei den großen Vermögen, bei der boomenden Wirtschaft, bei der Besteuerung der Finanzmärkte, bei der Weitergabe riesiger Vermögen (Erbschaftssteuer) auch nur in Ansätzen die finanziellen Voraussetzungen für eine solidarischere Politik anzuregen. So kommt es zu einer Verlagerung der Risiken und der Not auch in den politischen Strukturen. Die unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen – die zentrale Systeme der Grundsicherung, der Sozialhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederung von geflüchteten Menschen zu tragen haben – führt dazu, dass durch die Inanspruchnahme von Integrationshilfen der Kommunen sofort andere Unterstützungssysteme belastet werden. Die lange Zeit von den meisten

etablierten Parteien propagierte Ideologie des „schlanken Staates“ und neoliberale Politik führten zum Verlust der Fähigkeit, öffentliche Aufgaben zu erfüllen.

Vereinfacht kann gesagt werden, dass die zunehmenden Lasten sozialer Daseinsvorsorge gegenwärtig wesentlich von den unteren und mittleren Einkommensgruppen getragen werden. Die Furcht vieler Menschen in unsicheren Lebensbedingungen vor weiteren Einschränkungen hat – unabhängig von ‚der Flüchtlingsfrage‘ - eine reale Grundlage. Werden z.B. in einer gesellschaftlichen Situation der Mangelversorgung mit angemessenem Wohnraum nicht in ausreichendem Maße bezahlbare Wohnungen für Menschen in prekären Lebenssituationen geschaffen – dann hat dies negative Folgen sowohl für diejenigen, die in der BRD geboren und aufgewachsen sind, als auch für die als neue Bürger*innen hinzu kommenden geflüchteten Menschen. In einer Gesellschaft in der Individualisierung und Vereinzelung stattfinden, fällt es allerdings schwer solche Themen als gemeinsame Betroffenheit im Kontext von ‚Verteilungskämpfen‘ zu begreifen und kollektiv- solidarisch zu agieren.

Gesellschaftliche Erosionen zeigen sich auch in Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien, Bewegungen wie PEGIDA, allgemein verbreiteten rassistischen Deutungsmustern bis hin zu rassistischer Gewalt und verfestigten rechten Strukturen sowie strukturellem Rassismus. Sie zeigen sich auch dann, wenn ein Rechtsstaat seine Glaubwürdigkeit verliert, weil die Lücke zwischen Recht und Gerechtigkeit immer größer wird – sei es in Systemen wie dem des Asylrechts oder den Gesetzen zur Grundsicherung. Sie zeigen sich dort, wo Vorurteile und (auch medial inszenierte) Bilder von Menschen aus vermeintlich ‚fremden Kulturen‘ wirkmächtiger sind als der Wille sich zu begegnen.

Soziale Arbeit im (welt)gesellschaftlichen Kontext

In diesen Kontexten institutionalisiert sich Soziale Arbeit als Teil der praktischen Sozialpolitik und damit als Teil staatlicher Herrschaftsverhältnisse. Gesellschaftliche Partizipation und Exklusion sind die Spannungspunkte zwischen denen sie stattfindet.

Soziale Arbeit in Deutschland befindet sich in einem eigenartigen Widerspruch. Einerseits steigt ihre Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Bereich von sozialer Teilhabe und Bildung ist eine zunehmende Institutionalisierung festzustellen (siehe z. B. Kindertagesbetreuung, Ganztagschule, Beratung in Belastungssituationen).

Andererseits werden der Sozialen Arbeit und den Beschäftigten eine angemessene Anerkennung und Vergütung sowie ein entsprechender gesellschaftlicher Status verweigert.

Soziale Arbeit – die immer auch die Funktion der Kontrolle und Disziplinierung wahrgenommen hat – kommt aktuell wieder verstärkt in Bedrängnis, Disziplinierungsaufgaben für die Gesellschaft zu übernehmen (Frühe Hilfen, Hilfen zur Erziehung, Justiz). Damit sind aber die an Bürger*innen orientierten Handlungsansätze immer weniger durchzusetzen, was sich schließlich auch in den responsabilisierend-disziplinierenden Haltungen (Mohr/Ziegler 2012) von Fachkräften widerspiegelt.

Im Kontext von Flucht und Migration besteht eine Herausforderung darin, dass Soziale Arbeit als Teil praktischer Sozialpolitik sich in der Logik nationalstaatlich verfasster Wohlfahrtssysteme konstituiert und sich in dieser Verfasstheit rechtlichen, politischen und diskursiven Rahmenbedingungen nicht entziehen kann: Wie geht Soziale Arbeit mit Lebensgestaltungsperspektiven um, die weniger von Menschenwürde und subjektiven Interessen, sondern mehr von rechtlichen Konstruktionen (z.B. Aufenthaltsstatus) abhängen, die v.a. der Regulierung erwünschter und nicht erwünschter Migration dienen? Wie geht sie mit struktureller Schlechterstellung geflüchteter Menschen um – sei es, weil sie z.B. keine Staatsbürgerschaft haben oder, weil sie nicht zur angeblichen Norm der ‚weißen Mehrheitsgesellschaft‘ gehören? Wie begegnet sie Diskursen in denen Kultur, Ethnie, Religion und ‚Fremdheit‘ zu Persönlichkeitsmerkmalen werden? Wie geht Soziale Arbeit als eine zentrale Akteurin von Integration damit um, wenn selbige v.a. unter den Vorzeichen von Pflichten, Sanktion und Assimilation, weniger unter Aspekten der tatsächlichen Gleichberechtigung diskutiert wird? Wie geht Soziale Arbeit damit um, wenn sie unter diesen Bedingungen Einzelfallhilfe leisten soll, wo es sich doch um kollektive Ausschlusszenarien handelt? Wie ist eine professionelle Soziale Arbeit gemäß den ethischen Standards und den Bedarfen der Zielgruppe unter den entgegenstehenden, stark begrenzenden, stigmatisierenden (politischen, gesellschaftlichen) Rahmenbedingungen möglich?

Nicht zuletzt gibt es viele Hinweise darauf, dass Soziale Arbeit (auch) in diesem Handlungsfeld als Exklusionsverwaltung fungiert und diesen Auftrag immer widerstandsloser annimmt. Soziale Arbeit scheint sich demnach eher als Herrschaftsinstrument, denn als emanzipatorische Kraft für Menschen zu entwickeln.

Dies ist im Hinblick auf die Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen von großer Bedeutung. Soziale Arbeit vollzieht sich gegenwärtig unter unzureichenden Bedingungen (Personal, Ressourcen, Diskontinuität, Lebensbedingungen der Flüchtenden), die auf kurz- oder mittelfristige Verwaltung ‚ungewünschter‘ Menschen angelegt ist. Um dies zu überwinden ist es unabdingbar, dass Soziale Arbeit einen eigenen Anspruch entwickelt um an der Gestaltung von Lebenswelten mitzuwirken, in denen alle Menschen als Bürger*innen menschenwürdig, rechtlich und sozial abgesichert Teil der Gesellschaft sind.

Trotz kritischer Selbstreflexion und Anfragen an die Funktion Sozialer Arbeit in diesem Feld bleibt festzuhalten: Es gibt die anderen Diskurse und Praxen innerhalb und außerhalb der Sozialen Arbeit. Jene, die ein gleichberechtigtes, gerechtes Zusammenleben und eine partizipative, solidarische Soziale Arbeit anstreben. Obgleich Soziale Arbeit der Verwobenheit von ‚Helfen‘ und ‚Herrschaft‘ nicht entkommt, gilt es diese kritischen Impulse und ein politisches Bewusstsein zu stärken.

Anforderungen an eine solidarische Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen

Der Gerechtigkeitsanspruch als Grundlage einer solidarischen Praxis

Normative Positionen lösen nicht die Widersprüche und Ambivalenzen auf, in die sozialarbeiterische Praxis eingebunden bleibt. Bei den Formulierungen von Anforderungen ist uns bewusst, dass die normativen Bezugspunkte nicht die Realität der gegenwärtigen Praxis Sozialer Arbeit abbilden. Dieses Papier will eine solidarische Soziale Arbeit als Moment einer widerständigen Praxis stärken, auch, wenn diese grundsätzlichen Widersprüchen nicht entkommen wird! Dennoch kann die Orientierung an einem Gerechtigkeitsanspruch einen sinnvollen normativen Bezugsrahmen für die Arbeit mit geflüchteten Menschen bieten. Der Gerechtigkeitsanspruch formuliert sich in der Diskrepanz von tatsächlich vorfindbaren – oft prekären – Lebensbedingungen geflüchteter Menschen und den als menschenwürdig beschreibbaren Lebensbedingungen¹. Einzubeziehen sind dabei die Eigeninteressen geflüchteter Menschen und die Gleichzeitigkeit von objektiven Lebenslagen und subjektiven Lebenswelten: Die Frage muss immer auch sein: Was sind die Anforderungen geflüchteter Menschen selbst an ihre Lebensführung und gerechte Lebensgestaltungsperspektiven? Nicht zuletzt deshalb, weil auch im Kontext herrschaftlicher Regulierungen Fragen der Gerechtigkeit diskutiert und beantwortet werden (z.B. ist es gerecht Menschen aus ‚sicheren Herkunftsländern‘ Asyl zu gewähren? Oder: Wäre es gerecht wenn geflüchtete Menschen die gleichen Rechte hätte, wie deutsche Staatsbürger*innen?). Wer zu welchen Bedingungen dazugehören darf, wird auch dadurch beantwortet, indem Menschen nicht ihr selbst entschiedener, sondern ein ganz bestimmter (und das kann heißen schlechterer, aber vermeintlich gerechter) Platz in der Gesellschaft zugewiesen wird (Kunstreich 2014). Das heißt: Nur, weil Antworten auf solche Fragen deutungsmächtig als gerecht deklariert werden, heißt das nicht, dass sie nicht trotzdem die Integrität des Individuums verletzen (können).

Entsprechend muss die Idee der Gerechtigkeit (Sen 2010) als Handlungsbezug stets an einen widerkehrenden Prozess des Selbst-Hinterfragens und Vergewisserns angeschlossen sein (Kannicht/ Janke 2015). Dieser Prozess ermöglicht begründete Entscheidungen und Positionierungen, die möglicherweise auch die Verweigerung von Aktivitäten einschließt. Grundlegend für eine selbstreflexive, solidarische und an Gerechtigkeit orientierte Soziale Arbeit ist für den AKS Dresden das professionelle Tun als eine dialogische Praxis (Kunstreich 2009, 2011) zur Gestaltung der Lebenswelten geflüchteter Menschen zu organisieren. Es geht darum, gemeinsam lokale Perspektiven auf (soziale, politische etc.) Gerechtigkeit innerhalb eines globalen Rahmens zu entwickeln. Die Leitideen sind dabei: Ermächtigung ohne Menschen

¹ Gerechtigkeitstheoretisch bieten sich innerhalb der Sozialarbeitswissenschaft dabei verschiedene Zugänge/ Begündungszusammenhänge für diese normative Rahmung etwa durch den Bezug auf die Menschenrechte (Staub-Bernasconi, 2000/ 2012), einer diesen Ansatz erweiternder Bezug auf die Capabilities, sprich Verwirklichungschancen im Leben der Menschen (Otto/ Ziegler, 2010), sowie parallel dazu durch einen Anerkennungstheoretischen Hintergrund (Peters 2011 in Bezug auf Honneth und Brumlik).

zu überfordern, strukturelle Gleichberechtigung in allen Bereichen und die Ermöglichung autonomer Lebenspraxen.

Solidarische Soziale Arbeit ist selbstreflexiv und organisiert einen kritischen Dialog nach Innen

Das heißt sie stellt sich der Selbstüberprüfung der eigenen Arbeit. Sozialarbeiter*innen setzen sich in Teams, in Organisationen, in Gremien systematisch und kontinuierlich mit sich und ihrer Profession auseinander, und zwar hinsichtlich verschiedener Machtkonstellationen: Wie stützt Soziale Arbeit Ausschluss- und Sanktionssysteme gegenüber geflüchteten Menschen? Beteiligt sich Soziale Arbeit an der im öffentlichen Diskurs stattfindenden Zerteilung von ‚echten Flüchtlingen‘ und denen, die angeblich das System missbrauchen? Wenn ja, weshalb? Wie unterstützt sie die Individualisierung eigentlich gesellschaftlicher Probleme? Wie reproduziert sie machtvolle, bürokratische Strukturen und Regulierungen von z.B. unerwünschter Migration? Wie reproduziert Soziale Arbeit herrschaftliche Integrations- und Zugehörigkeitsregime (Castro Varela 2006, 2008)? Wie orientiert sich Soziale Arbeit an vermeintlichen Defiziten statt an Potentialen und weshalb werden Defizite wie gedeutet? (Sprechen z.B. Kinder kein perfektes Deutsch, aber noch andere Sprachen, bleibt das in einem einsprachigen Schulsystem ein individueller Mangel). Wie ist Unterstützung paternalistisch und entmündigend organisiert? Profitieren Menschen in verletzlichen Positionen tatsächlich von der sozialarbeiterischen Praxis vor Ort? Ist das, was sich gut anfühlt auch tatsächlich gut für die Menschen und nach welchen Maßstäben wird das bewertet? Sozialarbeiter*innen hinterfragen nicht nur die Privilegien (z.B. hinsichtlich ihrer Deutungsmacht) mit denen sie gegenüber geflüchteten Menschen ausgestattet sind, sondern auch deren Funktionalität in Hinblick auf die herrschenden Interessen.

Sie reflektieren in diesem Kontext auch Begriffe und Theorien, die ihrer Praxis zu Grunde liegen: Begriffe wie Solidarität, Fördern, Helfen und Unterstützen sind in der Vergangenheit massiv umgedeutet, oder in einem anderen als den ursprünglichen (teils gegenläufigen) Sinnzusammenhang verwendet worden. Ein gesellschaftliche Entwicklungen reflektierender Sprachgebrauch macht es nötig, sich gängigen und versandeten sprachlichen Wegen zu verweigern und den Missbrauch offen zu legen. Begriffe wie „Solidarität“, „Hilfe zur Selbsthilfe“ oder „Emanzipation“ sind reflektiert und in ihrem kritischen Gehalt zu aktualisieren. Innerhalb von Politik, Öffentlichkeit und Sozialer Arbeit existieren weitgehend unterschiedliche Verständnisse dieser Begriffe. Die nach außen gerichteten Beschreibungen Solidarischer Sozialer Arbeit müssen genau, verständlich, vielleicht ganz neu und nah an den Lebenswelten der Adressat_innen Sozialer Arbeit formuliert sein (Daran arbeitet auch der AKS Dresden noch).

Eine reflexive, solidarische Praxis fragt auch danach, wo sie politisch, rechtlich und diskursiv gesetzte Grenzen bestätigt, aber auch in Frage stellen und verschieben kann (Kessl/ Maurer 2009, 2010).

In diesem kritischen Dialog nach Innen setzt sich eine solidarische Soziale Arbeit explizit mit kulturalisierenden und rassistischen Tendenzen auseinander.

Sozialarbeiter*innen setzen sich mit rassistischen Denk- und Argumentationsmustern auseinander. Sie hinterfragen sich selbst und Partner*innen und lassen sich hinterfragen. Sie widersetzen sich der Nutzung solcher Muster. Diskriminierende Strukturen der Gesellschaft und der eigenen sozialarbeiterischen Tätigkeit sind kritisch zu hinterfragen. Sozialarbeiter*innen beschäftigen sich mit Rassismus nicht nur auf der Ebene der Interaktion, sondern auch mit Rassismus als gesamtgesellschaftlichem Phänomen, das heißt auch auf struktureller und institutioneller Ebene sowie mit der Frage, wo Soziale Arbeit Rassismus auf diesen Ebenen reproduziert oder auch Rassismus de-thematisiert. Soziale Arbeit solidarisiert sich mit von Rassismus betroffenen Menschen.

Soziale Arbeit muss sich auch fragen, inwieweit sie das vermeintlich ‚Andere‘ selbst immer wieder neu markiert und zu Gruppenkonstruktionen beiträgt. Lässt sie andere Deutungsperspektiven als z.B. ‚Kultur‘ zu? Bezieht sie bei Herausforderungen Aspekte von z.B. sozialer Ungleichheit, Bewältigungsverhalten u.a. mit ein?

Solidarische Soziale Arbeit organisiert einen kritischen Dialog nach Außen

Solidarische Soziale Arbeit setzt sich insgesamt für einen kritischen Diskurs über die Umgangsformen mit geflüchteten Menschen ein. Das betrifft sowohl die Frage, wie der Diskurs *über* geflüchtete Menschen geführt wird, wie auch deren rechtliche, materielle, soziale, politische etc. Stellung und Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen. Ausgangspunkt bilden dabei stets die Bedarfslagen der geflüchteten Menschen und deren Recht auf die freie Wahl in der Gestaltung einer selbstgewählten Lebensweise (Graf, 2011). Solidarische Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen heißt in jedem Fall die Integrität der Person unabhängig von ihrem Rechtsstatus zu achten, d.h. alle und somit auch geflüchtete Menschen in ihrer Autonomie anzuerkennen.

Vor diesem Hintergrund sind politische Programme zum Umgang mit geflüchteten Menschen zu hinterfragen und öffentlich kritisch zu kommentieren. Solidarische Soziale Arbeit beschreibt Lebenslagen benachteiligter Bevölkerungsgruppen als öffentliches und politisches Problem. Darzustellen ist, welche bewussten Entscheidungen politischer Verantwortungsträger_innen und Akteur_innen in der Sozialen Arbeit mitursächlich für (strukturelle) Ausgrenzung und Diskriminierung sowie Benachteiligung sind. Die Beschreibung der Lebenslagen marginalisierter Bevölkerungsgruppen und der Verweis auf deren Ursachen ist die sozialpolitische Querschnittsaufgabe Sozialer Arbeit und damit Aufgabe aller Sozial Arbeitenden.

Widersprechen gesetzliche Vorgaben dem professionellen Gerechtigkeitsanspruch, ist Soziale Arbeit aufgefordert, auf diese, aus professioneller Perspektive, wahrgenommene Lücke zwischen Recht bzw. programmatischen Vorgaben der Politik und Gerechtigkeit hinzuweisen. Eine Verweigerung der Mitarbeit an einem unrechtmäßigen und/oder ungerechten sowie menschenunwürdigem Umgang ist dabei stets als professionell begründbare Handlungsoption im Bewusstsein zu halten. In diesem Sinne ist Soziale Arbeit mutig und konfliktorientiert. Sie veröffentlicht erlebte Widersprüche und prekäre Bedingungen. Dazu gehört der Versuch, in eine direkte Kommunikation mit verantwortlichen Stellen zu kommen. Und selbstverständlich ist anzustreben, dass geflüchtete Menschen gleichberechtigte Partner*innen innerhalb dieser Kommunikation sind. Die Teilnahme und die Organisation von öffentlichem Protest kann Teil solcher Aktivitäten sein. Solidarische Soziale Arbeit benennt antidemokratische Tendenzen herrschender Sozialpolitik wie z.B. den verhinderten Familiennachzug oder rassistische Äußerungen von Sozialpolitiker*innen. Sie setzt sich bei öffentlichen Stellen aus den Bereichen wie z.B. Politik, Verwaltung, an Gerichten dafür ein, dass bewusst und unbewusste rassistischen Denk-, Argumentations- und Handlungsmuster als solche offen gelegt und kritisiert werden

In diesem Kritischen Dialog nach außen agiert solidarische Soziale Arbeit mit Bündnispartner*innen und nimmt deren (auch radikale) Kritik und Forderungen ernst

Da Soziale Arbeit selbst in herrschende Konstellationen verstrickt bleibt und teilweise abhängig ist (z.B. finanziell), wird sie es unter den aktuellen Bedingungen mitunter schwer haben aus sich heraus radikale Kritik zu üben. Umso wichtiger ist die Einbeziehung von Bündnispartner*innen auf verschiedenen Ebenen, die (z.B. strukturell oder auch finanziell) weniger abhängig sind. Dazu gehören lokale Initiativen (auch solche, die sich mit Themen dahinter wie z.B. bezahlbaren Wohnraum beschäftigen), wie überregionale Lobbyverbände (z.B. Pro Asyl) oder kritische Netzwerke (z.B. kritnet.org, medinetze, kein mensch ist illegal). Selbstredend gehören dazu auch Selbstorganisationen von geflüchteten Menschen (z.B. The VOICE, Lampedusa in Hamburg).

Solidarische Soziale Arbeit stärkt die Interessen und selbst entschiedene Lebensentwürfe geflüchteter Menschen.

Solidarische Soziale Arbeit agiert nicht gegen und nicht ohne Betroffene. Eine solidarische Praxis braucht die Rückbindung an selbst entschiedene Interessen und Lebensentwürfe. Das setzt die Anerkennung der Autonomie von geflüchteten Menschen voraus. Solidarische Soziale Arbeit schafft entsprechend Thematisierungs- bzw. Artikulationsräume sowie Aktionsräume. Das heißt, sie schafft Räume in denen geflüchtete Menschen selbst mehr Gestaltungsmöglichkeiten der eigenen Lebenspraxis eröffnet werden und ihnen die Möglichkeit geboten wird, ihre eigene Bedürfnisse – möglicherweise auch im Widerspruch zu ihre aktuellen Lebenssituation –erst einmal zu äußern. Gleichzeitig müssen diese Widersprüche sensibel aufgenommen werden. Sie unterstützt das Recht der geflüchteten Menschen auf die Entfaltung ihrer

eigenen kulturellen Identität. Solidarische Soziale Arbeit unterstützt Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung und Interessensvertretung. Dies meint zum Einen Formen der Selbstorganisation zu stärken, wie auch eine indirekte Interessensvertretung über Netzwerke sowie Verbandsstrukturen (das schließt Migrant*innenselbstorganisationen mit ein) zu organisieren, wobei diese stets kommunikativ an die von den geflüchteten Menschen tatsächlich geäußerten Bedarfe rückgekoppelt bleibt. Dabei ist es notwendig, die eigene Machtposition als professionelle*r Sozialarbeiter*in selbstkritisch zu reflektieren, um eine sich mit den geflüchteten Menschen solidarisierende Praxis ohne Entmündigungstendenzen aufrecht zu erhalten oder überhaupt erst einmal zu entwickeln.

Menschen sollten dabei weder überfordert, noch romantisiert oder zu Revolutionär*innen für die eigenen Ziele verklärt werden. Solidarische Soziale Arbeit heißt Optionen zu eröffnen, sich bewusst zu entscheiden. Das schließt ein, geflüchtete Menschen über ihre rechtlichen Möglichkeiten aufzuklären. Ihnen ist Unterstützung bei dem Einlösen gesetzlicher Ansprüche anzubieten.

Solidarische Soziale Arbeit organisiert kollektive Erfahrungen

Das heißt, sie organisiert einen Austausch zwischen geflüchteten Menschen und unterstützt somit gemeinschaftliche Erfahrung (auch hinsichtlich Betroffenheit von ungerechten Strukturen, Diskursen etc.) über den Einzelfall hinaus. Sie sorgt für einen Austausch zwischen den Lebenswelten von geflüchteten Menschen und allen anderen Menschen und ist damit auch auf das Gemeinwesen bezogen. Sie ist getragen von einer ‚positiven Vision der Vielfalt‘, was nicht bedeutet, blind gegenüber möglichen Herausforderungen im menschlichen Miteinander zu sein. Sozialarbeiter*innen setzen sich (in bewusster Reflexion eigener Fremdheitserfahrungen) für eine Kultur der Verständigung ein.

Ausblick

Solidarische Soziale Arbeit ist Praxis! Solidarische Soziale Arbeit ist kritisch gegenüber den herrschenden Verhältnissen. Sie ist praktisch und beginnt jetzt; vor Ort, im Konkreten und entsprechend dem Prinzip „lokal handeln - global denken“.

Das vorliegende Denkpapier spiegelt einen nicht abgeschlossenen Selbstvergewisserungsprozess, den wir fortführen wollen. Der AKS Dresden freut sich über **kritische Anmerkungen und Impulse an kontakt@aks-dresden.org. Es besteht die Absicht das Denkpapier und eingegangene Beiträge zu veröffentlichen.**

Außerdem möchten wir auf das [Positionspapier](#) „Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften - Professionelle Standards und sozialpolitische Basis“, den [Aufruf](#) ‚Für solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft‘ und die [Initiative](#) „Demokratie statt Integration“ hinweisen. Wir finden sie geben wesentliche Impulse.

AKS Dresden, Juli 2016

LITERATUR:

Castro Varela, M. (2006): Integrationsregime und Gouvernamentalität: Herausforderungen an interkulturelle/ internationale Soziale Arbeit. In: Neue Praxis (2006), H. 8, S. 152 – 164.

Castro Varela, M. (2008): Was heißt hier Integration? Integrationsdiskurse und Integriationsregime. In: Dokumentation der Fachtagung ‚Alle anders – alle gleich?‘, Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit, S. 77 – 87.

Graf, G. (2011): Der Fähigkeitenansatz im Kontext von verschiedenen Informationsbasen sozialetischer Theorien. In: Sedmark, C.; Babic, B.; Bauer, R.; Posch, C. (Hrsg.): Der Capability-Approach in sozialwissenschaftlichen Kontexten. Überlegungen zur Anschlussfähigkeit eines entwicklungspolitischen Konzepts. Wiesbaden.

Kannicht, V. / Janke, S. (2015): Der Capabilities Approach als Handlungsmodell im Allgemeinen Sozialen Dienst!? Reflexionsaspekte als Angebot für die Fallarbeit, unveröffentl. Masterarbeit, Evangelische Hochschule Dresden

Kessl, F.; Maurer, S. (2009): Die „Sicherheit“ der Oppositionsposition aufgeben – Kritische Soziale Arbeit als „Grenzbearbeitung“. In: Kurswechsel (2009): Kritische Soziale Arbeit 24.Jg., Heft 3. S. 91 –

100. http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/2009_3_091-100.pdf.

Kessl, F.; Maurer, S. (2010): Praktiken der Differenzierung als Praktiken der Grenzbearbeitung. Überlegungen zur Bestimmung Sozialer Arbeit als Grenzbearbeiterin. In: Kessl, F.; Plößler, M. (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 154 – 169.

Kessl, F.; Neumann, S.; Bauer, P.; Dollinger, B.; Füssenhäuser, C. (2015): Ein- und Ausschließungspraktiken in der Sozialen Arbeit. Eine Einleitung. In: Kommission Sozialpädagogik (Hrsg.): Praktiken der Ein- und Ausschließung in der Sozialen Arbeit. Weinheim Basel: Beltz Verlag, S. 9-18.

Kunstreich, T. (2009): Anmerkungen zu einer dialogischen Sozialwissenschaft. In: Birgmeier, B.; Mührel E. (Hrsg.): Die Sozialarbeitswissenschaft und ihre Theorie(n). Positionen, Kontroversen, Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 291-303.

Kunstreich, T. (2011): Was ist heute kritische Soziale Arbeit? Vortrag in Hannover am 19.11.2011. Verfügbar unter: <http://einmischen.info/joomla2.5/images/UPLOADS/Was%20ist%20kritische%20Soziale%20Arbeit%20heute.pdf>.

Kunstreich, T. (2012): Grundstrukturen Sozialer Arbeit in Zeiten des Neo-Liberalismus: Neo-Sozialhygiene als Rassismus ohne Rassen. In: Anhorn, R.; Bettinger, F.; Horlacher, C.; Rathgeb, K. (Hrsg.): Kritik der Sozialen Arbeit – Kritische Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien, S. 65 – 79.

Kunstreich, T. (2014): Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Band 1, Blicke auf die Jahre 1850, 1890, 1925 und 1935. Verfügbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-369583>

Mohr, S.; Ziegler, H. (2012): Professionelle Haltungen, sozialpädagogische Praxis und Organisationskultur. In: EREV Schriftenreihe (2), S. 20–30. Online verfügbar unter <http://www.erev.de/auto/Publikationen/Schriftenreihe/2012/02/Inhalt.pdf>.

Otto, H.-U.; Ziegler, H. (2010): Capabilities - Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. 2. Auflage. Wiesbaden.

Peters, F. In: Düring, D./Krause, H.U. (Hg) (2011): "Pädagogische Kunst und professionelle Haltungen", Fft/M (IGfH) 2011, S. 216-238

Sen, A. K. (2010): Die Idee der Gerechtigkeit [The Idea of justice]. München.

Staub-Bernasconi, S. (2000): Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession. In: Stimmer, F. (Hrsg.): Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit. 4. Auflage. München.

Staub-Bernasconi, S. (2012): Geleitwort. In: Walz, H.; Teske, I.; Martin, E. (Hrsg.): Menschenrechtsorientiert wahrnehmen – beurteilen – handeln. Ein Lese- und Arbeitsbuch für Studierende, Lehrende und Professionelle der Sozialen Arbeit. 2. Auflage. Luzern.